

Kurzbewertung des Entwurfes des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und FDP

Stand: 24.10.2010

Allgemeine Bewertung

Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP stellt insgesamt eine vernünftige Basis für die politische Arbeit der neuen Legislaturperiode dar.

Die Koalitionsparteien setzen richtigerweise auf die Soziale Marktwirtschaft als wirtschaftspolitische Leitlinie. Getragen von einer Ordnungspolitik, die einerseits Leistungsgerechtigkeit anstrebt und andererseits sozialen Ausgleich schafft.

Angesichts der Herausforderungen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise, ist es den Parteien gelungen, sich auf ein Programm zu einigen, das den vom ZDH geforderten Dreiklang aus Konsolidieren, Entlasten und Investieren erkennen lässt.

- Die Haushaltskonsolidierung soll aus einer Kombination von nachhaltigem Wachstum und kluger Sparsamkeit erfolgen. Diese Vorgehensweise ist ausdrücklich zu begrüßen. Es wird jedoch eine Daueraufgabe für den ZDH sein, die künftige Bundesregierung daran konsequent zu erinnern und zu messen.
- Zu Recht verweisen CDU/CSU und FDP auf den Zusammenhang von Wachstum einerseits und Entlastungen von Bürgern und Wirtschaft andererseits. Die Leitlinie des Handwerks "Mehr Netto vom Brutto" wurde wörtlich in den Koalitionsvertrag übernommen und mit einer Reihe von Maßnahmen unterlegt.
- Auch die verstärkten Anstrengungen in Sachen Investitionen in die Zukunft sind zu begrüßen. Bessere Bildung ist unverzichtbar, um für den Einzelnen die Voraussetzungen für die wirtschaftliche und soziale Teilhabe zu verbessern und damit die drohende gesellschaftliche Spaltung zu verhindern.

Im Koalitionsvertrag gibt es aber auch Nachbesserungsbedarf und die Notwendigkeit der Konkretisierung von Zielvorgaben.

Immerhin: CDU/CSU und FDP sind die Belange des Mittelstandes ein wichtiges Anliegen. Das wird im Koalitionsvertrag an vielen Stellen deutlich. Die Handwerksorganisationen müssen dafür sorgen, dass dies keine Lippenbekenntnisse bleiben.

Aus Sicht des Handwerks besonders erfreulich folgende im Wortlaut wiedergegebene Passage: "Das Handwerk sichert einen hohen Qualitätsstandard, eine gute Ausbildungsleistung und nachhaltig erfolgreiche Existenzgründungen. Der Meisterbrief ist dabei ein Ausweis hoher Qualität. Wir wollen die Freien Berufe und das Handwerk stärken und dafür sorgen, dass ihr besonderer Stellenwert auf europäischer Ebene besser anerkannt und geschützt wird."

Handwerksrelevante Inhalte des Koalitionsvertrages nach Fachbereichen

1. Steuerpolitik

CDU/CSU und FDP haben die steuer- und abgabenpolitische Leitlinie des Handwerks "Mehr Netto vom Brutto" im Rahmen der bestehenden finanzpolitischen Möglichkeiten in der Steuerpolitik vielversprechend umgesetzt. Wesentliche Einzelforderungen aus den Wahlprüfsteinen des Handwerks wurden aufgenommen. Insgesamt sollen Bürger und Wirtschaft im Laufe der Legislaturperiode mit **24 Mrd. Euro** durch folgende Maßnahmen entlastet werden:

Sofortprogramm zum 01.01.2010:

- Abmilderungen bei der Hinzurechnung der **Gewerbsteuer**: Reduzierung des Hinzurechnungssatzes bei den Immobilienmieten von 65 auf 50 Prozent. Alle weiteren Fragen sollen in einer Kommission "Gemeindefinanzen" behandelt werden.
- **Ertragssteuer**: Wahlrecht zwischen der Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter bis 410 Euro und einer Poolabschreibung für alle Wirtschaftsgüter zwischen 150 und 1000 Euro.

Einkommensteuer:

- zum 01.01.2010: Erhöhung des Kinderfreibetrages in einem ersten Schritt auf 7008 Euro und des Kindergelds um je 20 Euro.
- Entlastungen im unteren und mittleren Einkommensbereich und Abflachung des Mittelstandsbauchs, indem der Einkommensteuertarif zu einem Stufentarif ausgebaut werden soll.

Ebenfalls vom ZDH gefordert wurde die Korrektur krisenverschärfender Elemente der Unternehmenssteuerreform und der Erbschaftsteuerreform. Auch hier hat wurden wesentliche Elemente übernommen:

Erbschaftsteuer:

- Senkung der Steuerbelastung für Geschwister und Geschwisterkinder durch einen neuen Steuertarif von 15 bis 43 Prozent.
- Angestrebte Verkürzung der Zeiträume innerhalb derer das Unternehmen weitergeführt werden muss. Die erforderlichen Lohnsummen sollen abgesenkt werden.

Umsatzsteuer:

- Einsetzung einer Kommission, die sich mit der Systemumstellung bei der Umsatzsteuer sowie dem Katalog der ermäßigten Mehrwertsteuersätze befasst. Unverständlich ist vor diesem Hintergrund, dass bereits ab 1.1.2010 für Beherbergungsleistungen in Hotel- und Gastronomiegewerbe der Mehrwertsteuersatz auf 7 Prozent gesenkt werden soll.
- Geplant ist eine Umstellung auf die **Ist-Besteuerung** auf Leistungserbringer- und Empfängerseite: unter Einbeziehung der europäischen Vorgaben soll geprüft werden, ob und in welchem Umfang das Prinzip der Ist-Besteuerung der Umsätze ausgeweitet werden kann.

Insgesamt ist die steuerpolitische Zielrichtung von CDU/CSU und FDP zu begrüßen. Zusätzlich zu den aufgezeigten Kurzfristmaßnahmen bedarf es jedoch weiterer großer Anstrengungen im Hinblick auf die mittelfristigen Reformerfordernisse. Richtig ist in diesem Zusammenhang die Einsetzung einer Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen sowie zur Umsatzsteuer. In beiden wird der ZDH intensiv mitwirken.

2. Bildungspolitik

Die bildungspolitischen Grundsätze der "Nationalen Bildungsoffensive" des ZDH finden sich im Koalitionsvertrag durchgängig wieder. Sowohl im Hinblick auf die Einbeziehung der beteiligten Akteure (Familien, Kindergärten, Schulen, Ausbildungsbetriebe, Bildungs- und Kompetenzzentren, Bund, Länder usw.) zur Erreichung der bildungspolitischen Ziele als auch im Hinblick auf die einzelnen zu durchlaufenden Phasen der allgemeinen und beruflichen Bildung.

Aus Handwerkssicht hervorzuheben sind folgende Maßnahmen:

- Die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung sollen bis 2013 um 12 Mrd. Euro erhöht werden.
- Sog. Bildungsbündnisse vor Ort (Jugendliche, Eltern, Schulen, Arbeitsförderung usw.) sollen frühzeitig einer drohenden mangelnden Ausbildungsreife der Jugendlichen vorbeugen.
- Verbindliche Sprachstandstest für Kinder und ggf. verpflichtende gezielte Sprachförderung.
- Verstärkte Weiterbildung für Erzieher und Lehrer.
- Weiterentwicklung des Dualen Ausbildungssystems: Berufsbilder sollen schneller an die Erfordernisse der Wirtschaft angepasst werden.
- Weiterentwicklung des Dualen System: Flexibilisierung und Modularisierung im Rahmen des Berufsprinzips.

- Überbetriebliche Bildungsstätten sollen modernste Technologien für die Ausbildung zur Verfügung stellen. Über die Kompetenzzentren sollen wissenschaftliche und technologische Entwicklungen in die Betriebe transportiert werden.
- Der Ausbildungspakt soll weiterentwickelt werden, Gewerkschaften und Länder sind zur Mitwirkung eingeladen.
- Mehr Berufsorientierung in den Schulen.
- Passgenaue Vermittlung von Ausbildungsplatzsuchenden und Langzeitbewerbern.
- Angemessene Einstufung der im dualen System erworbenen Ausbildungsabschlüsse in den deutschen und europäischen Qualifikationsrahmen.
- Die Entwicklung des deutschen Qualifikationsrahmens, um die Gleichwertigkeit, Mobilität und Durchlässigkeit im deutschen und europäischen Qualifikationsrahmen zu stärken.
- Lebenslanges Lernen: Gründung von Weiterbildungsallianzen für KMUs, damit die Weiterbildung für Mitarbeiter ausgebaut werden kann.

Da es im bildungspolitischen Teil an zahlreichen Stellen aufgrund allgemeiner Formulierungen sehr auf die weitere konkrete Ausgestaltung ankommen wird, wird der ZDH die konkrete Umsetzung der Einzelfragen in der kommenden Legislaturperiode intensiv begleiten.

3. Sozialpolitik

Das Bekenntnis im Koalitionsvertrag, den Gesamtbeitrag zu den Sozialversicherungen unter 40 Prozent zu halten, wird ausdrücklich begrüßt. Diesem Bekenntnis müssen nun allerdings Taten folgen. Richtig ist die Einsetzung von Expertenkommissionen zur Ausarbeitung von Vorschlägen für die notwendigen Reformen.

Im Einzelnen:

- **Gesundheit:** Richtig ist der grundsätzliche Ansatz, dass Beitrag und Leistung in einem adäquaten Verhältnis stehen müssen und es mehr Anreize für kostenbewusstes- und gesundheitsbewusstes Verhalten gibt.

Es ist ein zu unterstützender Paradigmenwechsel im Gesundheitswesen, wenn langfristig das bestehende Ausgleichssystem in eine Ordnung mit mehr Beitragsautonomie, regionalen Differenzierungsmöglichkeiten und einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen, die sozial ausgeglichen werden, überführt wird. Auch eine weitgehende Entkoppelung der

Gesundheitskosten von den Lohnzusatzkosten ist eine zentrale Forderung des Handwerks. Begrüßt wird daher die Einsetzung einer Regierungskommission, die entsprechende Schritte erarbeitet. Der ZDH wird hier seine Expertise einbringen.

- **Pflege:** Auch in der Pflegeversicherung soll eine demografiefeste Finanzierung schrittweise eingeführt werden. Die Ergänzung des Umlageverfahrens durch Kapitaldeckung ist hier ein wichtiger und richtiger Schritt. Eine interministerielle Arbeitsgruppe soll entsprechende Vorschläge erarbeiten.
- **Rente:** Um die kapitalgedeckte Altersvorsorge zu stärken, soll geprüft werden, ob weiteren Personengruppen, z. B. Selbstständigen, der Zugang zur staatlich geförderten Altersvorsorge ermöglicht werden kann.

Es soll außerdem ein einheitliches Rentensystem in Ost und West geben. Voraussetzung aus Sicht des ZDH muss sein, dass dies aufwandsneutral geschieht.

- **Unfallversicherung:** nachdem die bisherige Große Koalition nicht den Mut gefunden hat, neben der Organisationsreform auch den Leistungskatalog ins Visier zu nehmen, ist es nun umso erfreulicher, dass CDU/CSU und FDP die Prüfung eines zielgenauen Leistungsrechts ankündigen.

4. Arbeitsmarktpolitik

Ebenso wichtig wie die Ausgabenseite der Sozialversicherungen ist deren Einnahmeseite. Und die steht und fällt mit der Zahl der Beitragszahlern, d. h. der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Von daher kommt einer Reform des Arbeitsmarktes eine besondere Bedeutung zu.

Die Vorschläge von CDU/CSU und FDP im Hinblick auf Reformen am Arbeitsmarkt gehen zwar in die richtige Richtung, bleiben aber vielfach zu allgemein und insgesamt hinter den Erwartungen zurück. Im Einzelnen:

- **Mindestlohn:** Immerhin lehnen die Koalitionsparteien einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn ab und wollen den Tarifausschuss stärken. Auch ist begrüßenswert, dass bis Oktober 2011 die bestehenden gesetzlichen Regelungen evaluiert werden sollen. Das Ergebnis der Evaluierung soll als Grundlage für die Entscheidung dienen, ob die geltenden Mindestlohnregelungen Bestand haben oder aufgehoben werden sollen.
- **Bundesagentur für Arbeit:** Angekündigt wird eine Überprüfung der Aufgaben und Strukturen der BA. Aus Sicht des ZDH gehören insbesondere die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf den Prüfstand, um damit Spielraum für finanzielle Entlastungen und für bessere Vermittlungsleistungen zu gewinnen.
- **Befristete Beschäftigungsverhältnisse:** Zu begrüßen ist die Ankündigung, die Befristung von Arbeitsverträgen so umzugestalten, dass die sachgrundlose Befristung nach einer Wartezeit von einem Jahr auch dann möglich wird, wenn mit demselben Arbeitgeber bereits zuvor ein Arbeitsverhältnis bestanden hat. Mit

dieser Neuregelung würden die Beschäftigungschancen für Arbeitnehmer erhöht und der Bürokratieaufwand für Arbeitgeber verringert.

- **Mini-Jobs:** Die Ankündigung, die bisherigen Grenzen sozialversicherungsfreier Mini-Jobs zu erhöhen und zu dynamisieren, wird grundsätzlich begrüßt.

5. Wirtschaftspolitik

Positive Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Betriebe:

- **Unternehmensfinanzierung:** KfW soll auf ihre Kernfunktion als Förderbank konzentriert werden – aus Handwerkssicht ist dies zu begrüßen. KfW-Programme sind einer laufenden Bewertung zu unterziehen. Von Bedeutung sind ferner: Beschleunigung der Bearbeitungszeiten, weitgehende Unterstellung der Tätigkeiten der KfW unter das KWG und die Straffung und Professionalisierung der Verwaltungs- und Aufsichtsstrukturen der KfW. Die in den ersten Beratungsrunden diskutierte Ankündigung, das ERP-Sondervermögen aus der KfW herauszulösen und wieder dem BMWi zuzuordnen, ist – leider – wieder fallengelassen worden.
- **Bürokratieabbau:** CDU/CSU und FDP bekennen sich zum 25%-Abbauziels als Nettoziel bei Nennung konkreter Ansatzpunkte für Fortführung der Reduzierungs-Initiative bis 2011. Das Reduzierungsziels soll auf weitere Kostenarten ausgeweitet werden und der Normenkontrollrat mehr Kompetenzen erhalten. Die Bürokratieabbau-Initiative soll über 2011 hinausgeführt werden. Sämtliche Maßnahmen zum Bürokratieabbau entsprechen den Forderungen des Handwerks.
- **Vergaberecht:** Angekündigt wird eine Reform „des bestehenden Systems“ bis Jahresende 2010. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen, kann sich im Detail jedoch auch als problematisch erweisen. Sie könnte z. B. eine Abschaffung der Vergabeausschüsse und der Vergabe- und Vertragsordnungen beinhalten. ZDH hat stets Reform „im bestehenden System“ gefordert und dafür werden wir uns auch weiterhin einsetzen. Positiv ist die Einführung eines Vergaberechtsschutzes auch bei Unterschwellenaufträgen.
- **Energiepolitik:** Angekündigt wird eine ideologiefreie, technikoffene und marktorientierte Energiepolitik. Innerhalb des nächsten Jahres soll szenarienbezogene Leitlinien für eine saubere, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung formuliert/vorgelegt werden. Mehrfachbelastungen der gewerblichen Energieverbraucher sind durch bessere Abstimmung der energie- und klimaschutzpolitischen Instrumente zu vermeiden. Erneuerbare Energien sollen konsequent ausgebaut und die Energieeffizienz soll weiter erhöht werden. Erneuerbare Energien sollen mittelfristig den Hauptteil an der Energieversorgung übernehmen. Dieser Ansatz ist zu unterstützen und im weiteren Verlauf der Legislaturperiode zu konkretisieren.

Die Förderung der energetischen Gebäudesanierung soll fortgeführt werden,

dabei einfacher und effizienter ausgestaltet werden. Die Fortsetzung ist zwar positiv zu werten, aber die anspruchsvollen energie- und Klimaschutzpolitischen Zielstellungen lassen sich nur bei umfänglicher Beschleunigung der energetischen Gebäudesanierung und damit nur mit zusätzlicher Förderung realisieren. Dafür werden wir uns in den nächsten Wochen mit Nachdruck stark machen.

Laut Koalitionsvertrag selbst sollen sowohl die Gewinne aus Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken und die Einnahmen aus dem Emissionshandel auch für Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz eingesetzt werden und müssten daher auch in diesem Kontext zur Verfügung stehen.